"Durch die Hintertür" in Der Spiegel (23. April 1990)

Legende: Das Nachrichtenmagazin Der Spiegel analysiert die Reaktionen der europäischen Partner auf einen Beitritt der Deutschen Demokratischen Republik (DDR) zur Europäischen Gemeinschaft.

Quelle: Der Spiegel. Das Deutsche Nachrichten-Magazin. Hrsg. Augstein, Rudolf ; Herausgeber Funk, Werner; Kilz, Werner. 23.04.1990, Nr. 17; 44. Jg. Hamburg: Spiegel Verlag Rudolf Augstein GmbH.

Urheberrecht: (c) Der Spiegel

URL: http://www.cvce.eu/obj/"durch_die_hintertur"_in_der_spiegel_23_april_1990-de-a8bbc7c8-cb04-44cf-a9d5-a07f699933e6.html

Publication date: 16/09/2012

Durch die Hintertür

So problemlos, wie EG-Kommissar Delors glaubte, ist ein Beitritt der DDR nicht. Ängste und Ärger der Partner wachsen.

Für Martin Bangemann war schon im März „die Sache politisch so gut wie gelaufen“. Vor einem Euro-Parlamentarier-Ausschuß sprühte der vom Bonner Wirtschaftsministerium in die Brüsseler EG-Kommission abgeschobene Liberale vor Zuversicht: Kein Mitgliedsland habe Einwände gegen die Aufnahme der DDR in die Europäische Gemeinschaft – als Teil eines vereinten Deutschlands. Zu klären seien allenfalls noch „technische Fragen“.

Ganz ähnlich klang bisher die Bonner Version: Der „Zuwachs der DDR“ – gemeint ist ihr Beitritt nach Artikel 23 des Grundgesetzes – sei aus europäischer Sicht problemlos, so schrieben Juristen des Auswärtigen Amtes in einer Vorlage. Das EG-Mitglied Bundesrepublik bleibe Vertragspartner auch mit größerer Ausdehnung, also lediglich „mit einer größeren Anzahl von Ländern“.

Neuerdings schwindet der Optimismus in Bonn und Brüssel. Seit dort Fachleute aus Kommission und Ministerien genaue Analysen begonnen haben, wächst die Erkenntnis, wie schwierig es wird, die deutschen Teilstaaten EG-konform zu vereinen. Schon zeichnet sich Streit zwischen Bonn und seinen Partnern ab, mit der britischen Premierministerin Margaret Thatcher und mit Helmut Kohls sozialistischem Freund, dem französischen Staatspräsidenten François Mitterrand.

Plötzlich sieht selbst Jacques Delors „beträchtliche Probleme“. Der Präsident der EG-Kommission, der in den zurückliegenden Monaten den Gesamtdeutschen die Tür zur EG stets weit öffnete, warnt: „Die schwierigen Zeiten fangen jetzt erst an“.

Ende dieser Woche wollen sich die zwölf Regierungschefs in Dublin erstmals mit dem deutschen „Sonderfall“ (Delors) beschäftigen. „Aktive Präsenz“ der EG-Staaten auf der „innerdeutschen Bühne“, so eine Analyse der Kommission, sei nun erforderlich, denn die Materie ist hochkompliziert:

– In der Agrarpolitik müssen Preise und Produktionsquoten verändert, Verhandlungspakete früherer Jahre aufgeschnürt werden.

– Rund 2300 geltende Handels- und Lieferabkommen der DDR mit ihren Comecon-Partnern widersprechen den Regeln des EG-Außenhandels.

– Bonner Geldspritzen für marode DDR-Betriebe und Branchen müssen in Brüssel genehmigt werden.

– EG-Normen für den Umweltschutz – etwa die KFZ-Abgaswerte – kann das neue Teil-Mitglied DDR auf lange Zeit nicht erfüllen.

Zwar haben sich Bonn, Brüssel und Partner inzwischen darauf geeinigt, daß die Römischen (Grundlagen-) Verträge der Gemeinschaft – anders als beim EG-Beitritt Spaniens oder Portugals – nicht geändert werden. Doch die Bedingungen des DDR-Beiritts „durch die Hintertür“, so ein hoher Kommissionsbeamter, müssen ausgehandelt, Ausnahme- und Übergangsregeln vereinbart werden – ganz so, als ginge es um ein neues Mitglied.

Was jetzt in wenigen Monaten geschehen soll, dauerte bei den Spaniern und Portugiesen acht Jahre. Schwierige Verhandlungen stehen vor allem für die Landwirtschaft an: Durch den Anschluß der DDR, heißt es in einem Kommissionspapier, wird die Überschußproduktion weiter erhöht. Eine zusätzliche Belastung für den EG-Haushalt von zwei bis drei Milliarden Mark ist zu erwarten.

Etwa 30 Prozent der bislang in der ostdeutschen Landwirtschaft Beschäftigten werden nach Brüsseler Schätzungen arbeitslos. Denn in den LPGs sind bisher doppelt so viele Arbeitskräfte nötig wie in der Bundesrepublik, um vergleichbare Erträge zu erwirtschaften.

20 bis 25 Prozent geringer als in der Bundesrepublik liegen die Milchleistung pro Kuh und die Legeleistung pro Henne. Die Erzeugerpreise für die landwirtschaftlichen Produkte sind drüben ungleich höher: 1,71 Ost-Mark für den Liter Mich (BRD: 0,78 Mark); 900 Ost-Mark für 100 Kilogramm Schweinefleisch (BRD: 330 Mark).

„Derzeit ist nicht zu ersehen“, heißt es in einer Analyse des Bonner Finanzministers, wie „eine Regelung zum Ausgleich des Preisunterschiedes im (Agrar-) Warenverkehr mit der DDR aussehen könnte“. Denn für alle herkömmlichen Ausgleichsregeln fehlt die entscheidende Voraussetzung – „zumindest eine Wirtschaftsgrenze“.

Um die ostdeutsche Landwirtschaft vor billiger Butter aus Holland und preiswertem Weizen aus Frankreich zu schützen, fordert Agrarminister Ignaz Kiechle, für wenigstens drei bis fünf Jahr eine „grüne Grenze“ zu schaffen. Wie das in der Praxis funktionieren soll, weiß niemand.

Durch den Eintritt der DDR könnte auch die Debatte um Agrarpreise und Produktionsquoten in Gesamteuropa wieder losgehen. Anlaß dafür gibt es genug, die Bauern in Frankreich, Holland und der Bundesrepublik wollen in dieser Woche wegen ihrer Einkommenslage demonstrieren. Wenn nun für die DDR zusätzliche Produktions-Quoten beschlossen werden müssen, müßten möglicherweise die auf langen Nachtsitzungen geschnürten Stabilisatoren-Pakete wieder geöffnet werden. Denn die DDR kommt mit elf Millionen Tonnen Getreide und acht Millionen Tonnen Milch auf den EG-Markt. Anlaß genug für die Agrarminister zu erwägen, ob sie nur die Obergrenzen der Gemeinschaft – 160 Millionen Tonnen Getreide, 100 Millionen Tonnen Milch – um die DDR-Zahlen erhöhen oder ob sie bei dieser günstigen Gelegenheit zusätzliche Produktionschancen für ihre eigenen Bauern herausschlagen wollen.

Das wird viel Geld kosten, nicht nur den Bonner Kassenwart. Zwar dürften die bundesdeutschen EG-Beiträge um rund zehn Prozent steigen. Das wären etwa 2,5 Milliarden mehr als bisher. Aber im Gegenzug stehen der DDR, nach ersten Schätzungen, rund 3 bis 4 Milliarden Mark aus dem Agrar-, Regional- und Sozialfonds zu. Briten, Franzosen und Italiener müßten die Lücke schließen; ihre Bereitschaft ist gering. Schon versucht Maggie Thatcher, die um ihre Subventionen besorgten Südländer in Stellung zu bringen.

Ärgerlich registrierten London und Paris auch den Run bundesdeutscher Konzerne auf DDR-Kombinate. Daß VW und Daimler, Allianz und die Deutsche Bank den neuen Wirtschaftsraum im Alleingang besetzen wollen, schlägt den Nachbarn aufs Gemüt. Der britische Emissär in der EG-Kommission, Sir Leon Brittan: „Niemand kann interessiert daran sein, die staatlichen Monopole durch private zu ersetzen.“

Nicht historisch-geographische Standortvorteile, sondern Bonner Tricksereien sind, so argwöhnen die EG-Partner, verantwortlich dafür, daß die bundesdeutsche Wirtschaft im Alleingang das Ost-Geschäft zu machen gedenkt. Tatenlos wollen sie das nicht hinnehmen.

Der Bonner Wunsch, mit Zustimmung aus Brüssel auch künftig Milliarden in die Zonenrandförderung und Berlin-Hilfe stecken zu dürfen, soll abgelehnt werden. Und ab Juli, wenn die deutsch-deutsche Wirtschafts- und Währungsunion steht, will der zuständige EG-Kommissar Leon Brittan sämtliche Bonner Subventionen überprüfen, die in die DDR flossen.

Den Ärger haben sich die Bonner selber zuzuschreiben. Zwar berichtete Kanzler Helmut Kohl seinen EG-Kollegen immer mal wieder, „die Parallelisierung der deutschen Einigung mit der europäischen Integration“ sei für ihn „von überragender Bedeutung“.

Kohl bot ferner an, das neue Deutschland werde keinen Anspruch auf einen dritten Kommissar in Brüssel erheben und kein größeres Stimmgewicht im Ministerrat, dem Entscheidungsgremium der EG, verlangen. Auch im Straßburger Parlament wollen sich die Deutschen trotz Vereinigung mit den 16 Millionen Schwestern und Brüdern mit der bisherigen Zahl von Abgeordneten bescheiden.

Doch gegen Ängste im Ausland vor deutscher Dominanz hat die Bundesregierung wenig getan. Mit Unmut

beobachten Straßburger Abgeordnete, daß sie vom Beitrittsprozeß der DDR weitgehend ausgeschlossen sind. Anders als bei der EG-Süderweiterung um Spanien und Portugal ist die Zustimmung des Parlaments nicht gefragt; die Bedingungen werden zwischen den Bürokraten in Bonn und der Brüsseler Kommission ausgehandelt und im Rat der Fachminister entschieden.

Bonner Experten finden das auch ganz richtig so. Die Sache sei vertrackt genug, viele Details noch „völlig nebulös“, klagt ein Beamter.

Was etwa wird mit den 43 Schiffen der Hochseefischerei-Flotte der DDR? Dürfen die weiter fischen? Wohin mit den 300 000 Tonne Zucker, die die DDR jährlich von Kuba kauft? Und: „Was wird aus dem Bananenprotokoll?“

Der europäische Durchschnitts-Konsument bevorzugt wegen kräftiger Werbung die „Dollarbanane“ der US-Fruchtmultis aus ihren lateinamerikanischen Pflanzungen. Davon darf jedoch auf Betreiben von Briten, Franzosen und Spaniern nur eine begrenzte Menge importiert werden, um die meist kleinen und unscheinbaren Bananen aus deren einstigen Kolonien zu schützen.

Das bananenhungrige DDR-Volk könnte das mühsam erkämpfte Agreement nun wieder gefährden: Keiner weiß, ob zwischen Thüringen und Vorpommern die lateinamerikanische oder die afrikanische Geschmacksrichtung siegen wird.